

Fairer Wettbewerb im Onlinehandel: Verbraucher:innen schützen, Regeln durchsetzen! Chinas E-Commerce- Praktiken stoppen

Auf einen Blick:

- Chinesische Online-Plattformen wie Temu und Shein fluten allein den deutschen Markt mit täglich 400.000 umweltschädlichen und teils gesundheitsgefährdenden Produkten. Viele Groß- und Einzelhandelsunternehmen sind zutiefst besorgt angesichts der unfairen Konkurrenz aus China, die den Wettbewerb im Handel verzerrt und eine ernsthafte Bedrohung für die lokale Wirtschaft darstellt. Dabei werden die geltenden Umwelt- und Verbraucherschutzstandards vielfach unterlaufen und die Einfuhrbestimmungen systematisch verletzt.
- Wir sind an einem Level-Playing-Field mit China interessiert, doch dafür muss auch die chinesische Seite ernsthafte Anstrengungen unternehmen. Solange dies nicht geschieht, gilt es gegenzusteuern. Wir müssen unsere heimischen Handelsunternehmen schützen, die sich gewissenhaft an Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen halten und rechtmäßig Steuern und Abgaben zahlen.
- Europäische Regeln müssen entschieden durchgesetzt werden! Daneben schlagen wir konkrete Maßnahmen vor: die massive Ausweitung der Zollkontrollen, die Abschaffung der 150 Euro Zollfrei-grenze, die Stärkung der Marktüberwachung, die Transparenz von Lieferketten sowie die Aufklärung der Verbraucher:innen.

Dumpingpreise bei Solarmodulen, Abhängigkeiten bei Handynetzen, Überproduktion bei Stahl und E- Autos: Nichts davon ist Zufall und die Strategie zur systematischen Eroberung von Weltmärkten fester Bestandteil der Fünfjahrespläne der chinesischen Staatsführung. Daher braucht es auch in anderen Branchen hohe Aufmerksamkeit. Das zeigen die derzeitigen Entwicklungen im Online-Handel, einer Branche mit einem Jahresumsatz von fast 80 Milliarden Euro im Jahr 2023 – allein im deutschen Markt.

Chinesische E-Commerce-Plattformen fluten den europäischen Markt

Nicht erst seit der Fußball-Europameisterschaft sind chinesische Marken in Deutschland omnipräsent. Schon seit geraumer Zeit drängen insbesondere chinesische Online-Handelsplattformen auf den europäischen Markt und verzeichnen – auch dank hoher Werbeausgaben – enormes Wachstum. Das Geschäftsmodell basiert auf intelligenten Onlineshops, die mit Glücksspielen und Videos den Kunden

möglichst lange auf der Website halten, kombiniert mit Billigartikeln und Ultra Fast Fashion zu Spottpreisen sowie ein aggressives Marketing.

Dabei werden die Produkte direkt aus China per Luftfracht an Endkund:innen in Europa verschickt. Der Umfang dieser Sendungen hat enorme Ausmaße angenommen. Chinesische Online-Plattformen wie Temu und Shein fluten allein den deutschen Markt mit täglich 400.000 umweltschädlichen und teils gesundheitsgefährdenden Produkten. Viele Groß- und Einzelhandelsunternehmen sind zutiefst besorgt angesichts der unfairen Konkurrenz aus China, die den Wettbewerb im Handel verzerrt und eine ernsthafte Bedrohung für die lokale Wirtschaft darstellt. Dabei werden die geltenden Umwelt- und Verbraucherschutzstandards vielfach unterlaufen und die Einfuhrbestimmungen werden systematisch verletzt.

Der große Absatz bei europäischen Verbraucher:innen kommt allerdings zu einem hohen Preis und wird offensichtlich mit unlauteren Methoden erzielt:

1. Einfuhrbestimmungen werden systematisch verletzt und unter Ausnutzung der 150 Euro Freigrenze unterlaufen. Zollrechtliche Prüfungen werden durch Stückelung der Paketinhalte oder Verlagerung der Einfuhr auf Flughäfen mit geringen Kontrollkapazitäten umgangen. Gleichzeitig erfolgen auch bei Einfuhren an großen deutschen Flughäfen nur stichprobenhafte Kontrollen, obwohl den Behörden das hohe Risiko bekannt ist.
2. Die Produktqualität entspricht vielfach nicht europäischen Normen und Sicherheitsanforderungen. Stichproben der Bundesnetzagentur belegen bei fast allen Produkten umweltschädliche und teils gesundheitsgefährdende Eigenschaften. Sie dürften damit in Europa nicht in Verkehr gebracht werden.
3. Rohstoffe und Vorprodukte stammen mitunter aus problematischen Quellen. Chinesische Baumwolle steht beispielsweise im Verdacht unter Missachtung der Menschenrechte angebaut zu werden. Kontrollen hinsichtlich des Lieferkettengesetzes sind nicht bekannt.
4. Die Arbeitsbedingungen in den produzierenden Fabriken sind intransparent; es häufen sich Berichte über Ausbeutung und Zwangsarbeit.
5. Die Datenverarbeitung und Erstellung von Nutzerprofilen kann bestenfalls als intransparent bezeichnet werden. Der Schutz europäischer Daten vor dem Zugriff chinesischer Behörden ist nicht gegeben.
6. Der Versand der Pakete erfolgt fast ausschließlich per Luftfracht und erzeugt einen enormen CO₂-Ausstoß. Gleichzeitig ist die Lebensdauer der Produkte häufig sehr kurz und somit nicht nachhaltig. Das führt zu einer katastrophalen Umweltbilanz.
7. Um sicherzustellen, dass die Rechte der europäischen Verbraucher:innen geschützt werden, hat die Europäische Kommission bereits im Juni von Temu und Shein Informationen über deren Maßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) angefordert.

Neben der geopolitischen Dimension haben diese Entwicklungen direkte Auswirkungen auf Verbraucher:innen, den stationären Einzelhandel und europäische Handelsplattformen. Wir sind an einem Level Playing Field mit China interessiert, doch dafür muss auch die chinesische Seite ernsthafte Anstrengungen unternehmen. Solange dies nicht geschieht, gilt es gegenzusteuern. Wir müssen unsere heimischen Handelsunternehmen schützen, die sich gewissenhaft an Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen halten und rechtmäßig Steuern und Abgaben zahlen. Dem Staat entgehen erhebliche Steuereinnahmen, denn schätzungsweise 65 Prozent der Päckchen aus China sind unterhalb ihres tatsächlichen Werts deklariert, um Steuern zu sparen und Zollgebühren zu umgehen. Europäische Unternehmen sehen sich einem unfairen Wettbewerb konfrontiert und Verbraucher:innen potenziellen Gesundheitsschäden und Datenschutzverstößen. Dieser Zustand ist für uns als SPD-Bundestagsfraktion nicht akzeptabel.

Europäische Regeln müssen entschieden durchgesetzt werden!

Vor dem Hintergrund des Agierens chinesischer Unternehmen stellt sich unmittelbar die Frage ausreichender Regulierung. Im Austausch mit verschiedenen Verbänden und Institutionen wurde deutlich, dass bereits ein umfassender europäischer und nationaler Rechtsrahmen mit einem eigentlich hohen Schutzniveau existiert. Allerdings wurde zugleich deutlich, dass dieser europäische Rechtsrahmen gegenüber den chinesischen Plattformen nur unzureichend durchgesetzt und von diesen bewusst unterlaufen wird. Es braucht daher jetzt ein koordiniertes und entschiedenes Handeln auf nationaler und europäischer Ebene.

Wir begrüßen die ersten Schritte der Kommission, die Möglichkeiten des Digital Service Act (DSA) zu nutzen und Änderungen im Bereich des Zolls zu prüfen. Dieses Vorgehen ist jedoch bisher in keiner Weise ausreichend. Wir fordern deshalb die Einsetzung einer ad-hoc Arbeitsgruppe zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs im E-Commerce bei der Europäischen Kommission. Gleichzeitig müssen sich das Bundeswirtschafts-, Bundesfinanz- und Bundesjustiz- und Verbraucherschutzministerium der Problematik entschlossen annehmen und ihre Arbeit koordinieren.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion sind unter Einhaltung der haushälterischen Vorgaben folgende Maßnahmen notwendig:

1. Zollkontrollen massiv ausweiten

Stichprobenhafte Kontrollen des Zolls ergeben immer wieder und in großem Ausmaß falsch deklarierte Sendungen chinesischer Onlineplattformen. Aufgrund dieser vorliegenden Verdachtsmomente für falsche zollrechtliche Angaben, gefälschte Sicherheitszeichen auf den Produkten und gefährliche Inhaltsstoffe muss eine großflächige und gezielte Überprüfung der Sendungen der chinesischen Online-Handelsplattformen in Betracht gezogen werden. Die enormen Mengen an Paketen, die täglich aus China in Deutschland ankommen, dürfen kein Hindernis sein, dies nicht zu tun. Möglicherweise entstehende Verzögerungen der Zustellung liegen nicht in der Verantwortung des Zolls, sondern in der Verantwortung der chinesischen Handelsplattformen.

Ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Staaten ist unabdinglich, um ein Ausweichen auf andere Einfuhrorte zu verhindern. Zudem sollte die Maßnahme vor ihrer Umsetzung handelsrechtlich geprüft, sowie entsprechende Kapazitäten bei den Zollbehörden geschaffen werden.

2. 150 Euro Zollfreigrenze abschaffen

Die aktuell geltende europäische Sonderregel, durch die für Sendungen mit einem Warenwert von unter 150 Euro bei der Einfuhr in die EU kein Zoll anfällt, muss schnellstmöglich abgeschafft werden. Es ist richtig, dass sich die EU-Kommission dieser Problematik angenommen hat und das EU-Zollrecht reformieren und die Sonderregelung bis 2028 aufheben will. Die Bundesregierung muss nun den Vorschlag zur Abschaffung der Zollfreigrenze auf europäischer Ebene unterstützen. Um den Zollgebühren- und Steuerbetrug, sowie die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Schäden zu vermeiden, muss der legislative Prozess in der EU beschleunigt werden. Im Zuge des Onlinehandels soll geprüft werden, ob die bestehende Pflicht der Plattformen zur Abführung der Umsatzsteuer bei Lieferungen von Drittstaatenhändlern besser durchgesetzt werden kann, um Betrug durch die Plattformbetreiber und die Online-Händler:innen zuverlässig einzudämmen.

Das Zeitalter des E-Commerce erfordert massive Investitionen in die Zollbehörden. Um das deutlich gestiegene Aufkommen von Paketsendungen künftig besser zu bewältigen, muss der Zoll personell und finanziell besser aufgestellt werden. Auch in die (technische) Ausstattung und Digitalisierung des Zolls muss investiert werden. Bei der Zollabfertigung sollte auch die Möglichkeit geschaffen werden, Künstliche Intelligenz einzusetzen, um die Zöllner:innen zu entlasten.

Nach der aktuellen Rechtslage gelten die Verbraucher:innen, die ein Produkt einer chinesischen Plattform bestellt haben, als Importeur:innen. So sind die Verbraucher:innen im Zweifel verpflichtet Zollgebühren und Steuern nachzuzahlen, wenn ein Paket durch den Händler zuvor falsch deklariert wurde.

Die chinesische Plattform wird jedoch nicht belangt. Dies führt zu unerwarteten Kosten für Verbraucher:innen und zu Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von EU-Recht. Im Rahmen der EU-Zollreform muss deshalb die Plattform als Importeur („fiktiver Einführer“) gelten, um die Verbraucher:innen zu schützen.

3. Digitalpolitisches EU-Recht konsequent durchsetzen

Wir fordern ein konsequentes Durchgreifen der Kommission auf Basis des DSA und – bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen – die förmliche Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 66 DSA. Die Durchsetzung des DSA auf europäischer Ebene ist der entscheidende Hebel für Daten- und Verbraucherschutz.

Verbraucher:innen müssen vor unlauteren Praktiken wie irreführenden Rabatten, aggressiven Verkaufstaktiken und manipulativen Benutzeroberflächen (sog. Dark Patterns) geschützt werden. Es muss Transparenz der Plattformen bei Datenspeicherung und -verarbeitung, Profilbildung über Verbraucher:innen sowie algorithmische Systeme zur Kaufbeeinflussung hergestellt werden.

Die Kommission wird aufgefordert, zur Durchsetzung des DSA zusätzliche Kapazitäten bereitzustellen. Die Bundesnetzagentur als Digital Service Coordinator und nationale Durchsetzungseinheit wird mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet.

Chinesische Online-Handelsplattformen wie Temu und Shein sind bisher im europäischen Raum quasi „unsichtbar“. Es braucht daher eine Verpflichtung zu echten Zustellungsbevollmächtigten und Ansprechpartner:innen auf nationaler und europäischer Ebene.

4. Marktüberwachung stärken

Wir unterstützen das Vorgehen der Bundesnetzagentur zur Kontrolle und Durchsetzung der Produktsicherheitsvorschriften. Bei Kontrollen und Testkäufen wird immer wieder deutlich, dass Produkte chinesischer Online-Handelsplattformen gegen nationale und europäische Sicherheitsstandards verstoßen. Um die EU-Regelungen effektiv umzusetzen, braucht es eine europaweit abgestimmte Marktüberwachung. Die Bundesländer müssen ihren Aufgaben bei der nationalen Marktüberwachung verstärkt nachkommen.

5. Menschenrechte schützen, Lieferketten transparent machen

Aufgrund fehlender Unternehmenssitze in Europa und Deutschland sind entsprechende chinesische Onlineshops nicht über das Lieferkettensorgfaltsgesetz oder die EU-Lieferkettenrichtlinie verpflichtet. Vor dem Hintergrund intransparenter Lieferketten und Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen bei der Produktion muss dringend geprüft werden, wie chinesische Onlineshops, die Millionen Kund:innen auf dem europäischen Markt haben, strenger reguliert werden können. Hierfür braucht es gemeinsame, europäische Lösungen. Es kann nicht sein, dass sich in Deutschland und Europa ansässige Unternehmen an das Lieferkettensorgfaltsgesetz und die EU-Lieferkettenrichtlinie halten, während chinesische Onlineshops unbegrenzt Produkte aus fragwürdigen Produktionsbedingungen einführen.

6. Verbraucher:innen aufklären

Durch Informationskampagnen und einen Ausbau der schulischen Verbraucherbildung muss das Bewusstsein der Verbraucher:innen für die Erkennung manipulativer Geschäftspraktiken und mangelnder Produktsicherheit in der Mode- und Einzelhandelsindustrie gestärkt werden. Auch muss die Datenspeicherung und -verarbeitung thematisiert und aufgeklärt werden.

Entscheidend ist ein schnelles und abgestimmtes Handeln der EU-Kommission und der nationalen Regierungen. Nur so können irreversible Beeinträchtigungen des Binnenmarktes durch illegale Geschäftspraktiken chinesischer Anbieter verhindert werden.